

Bildungsreise

Claus Offe verzweifelt am Universalismus

ADAM FREITAG

Heute begibt man sich zumeist auf eine Auslandsreise, um Urlaub zu machen. Wohin die Reise geht, hängt von den jeweiligen Präferenzen ab, ob es ein Erholungs-, Sport-, Abenteuer- oder Bildungsurlaub werden soll. Das Ziel von Bildungsreisen sind vor allem antike Sehenswürdigkeiten, bei denen es sich nicht selten um Ruinen handelt. Für den modernen Besucher sind die verfallenen Stätten meist nicht mehr als Überbleibsel untergegangener und damit längst überholter Zeiten. Wenn der Reisende aus interesselosem Interesse die Kulturleistungen bestaunt, mehrt er damit zugleich seine Bildung. Durch die Besichtigung wird der Kulturschatz zum Bildungsgut, dem letzten dem Bürger verbliebenen Kapital, mit dem er wuchern kann.

Während der Renaissance waren die Ruinen mehr als nur Überbleibsel. Als Zeugnisse besserer Tage wurden sie zu Orten der Erinnerung, denen bei der „Wiederbelebung“ der alten Zeit eine zentrale Bedeutung zukam. Schon Boccaccio (1313-1375) nennt die Ruinen von Bajae (bei Neapel; A.F.) „altes Gemäuer, und doch neu für moderne Gemüter“. Erst mit den „Querelle des Anciens et des Modernes“, am Anfang der Aufklärung, setzt sich die Vorstellung durch, die Errungenschaften der Gegenwart seien denen der Vergangenheit überlegen. Der modernen Vorstellung vom Fortschritt zufolge verbürgt das Durchschreiten der Zeit diesen selbst. Dem Fortschritt stünden lediglich überkommene und kraftlose Institutionen entgegen. Wollen diese nicht von alleine oder schnell genug weichen, so tritt die Gewalt, als Geburtshelfer der neuen Ordnung, auf den Plan. Die Gewalt hat in diesem Entwurf die Funktion zu beschleunigen oder zu vollenden, was als universelles und unausweichli-

ches Schicksal der Menschheit gedeutet wurde. Aberglaube, Despotie und ständischer Dünkel wurden mit der Vergangenheit identifiziert, während die Zukunft Freiheit versprach: „Der Mensch ist frei geboren, und liegt doch überall in Ketten.“ (Rousseau) Besserung erhoffte man sich durch einen Gesellschaftsvertrag, auf dessen Fundament eine rationale und einsichtige Gesellschaft möglich sein sollte. Die bürgerlichen Revolutionäre beriefen sich auf ein Naturrecht, demzufolge alle Menschen gleich und frei geboren werden. Mit der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung fiel der Startschuss für die Revolutionen auf dieser Grundlage. Deren zweiter Satz verkündete: „Folgende Wahrheiten erachten wir als selbstverständlich: dass alle Menschen gleich geschaffen sind; dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind; dass dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehört“. Der amerikanischen folgte die französische Revolution, die ihrerseits die allgemeinen Menschenrechte proklamierte, zu denen bezeichnender Weise aber nicht das „Streben nach Glück“ gehört.

Die europäischen Bildungsreisenden, die Claus Offe in seinem Buch *Selbstbetrachtung aus der Ferne* untersucht, nahmen ihre Reise, wie die Reisenden der Renaissance, zum Anlass, über die eigene Gesellschaft zu reflektieren. Die von ihnen besuchte Gesellschaft war jedoch keine vergangene, sondern mit der amerikanischen eine zeitgenössische. Und doch war mit der Reise über den Atlantik die Vorstellung verbunden, mit ihr ginge auch eine Reise in der Zeit einher, und zwar eine in die eigene Vergangenheit oder Zukunft, je nach Ansicht. Und obschon damit ein Unterschied zur eigenen Gesellschaft, nämlich ihre Entwicklung innerhalb einer gleichförmig vor-

gestellten Zeit, benannt war, ging doch keiner der Reisenden davon aus, es handle sich bei den USA um eine grundverschiedene. Die Annahme, von der sich alle Reisenden leiten ließen, man könne von der einen Gesellschaft auf die andere schließen, setzt voraus, dass beide Gesellschaften von der gleichen Entwicklungslogik, von der gleichen gesellschaftlichen Dynamik beherrscht werden und diese deshalb auch das gleiche Resultat zeitige. „Amerika‘ [...] ist für die Europäer immer schon kein exotisches Gewächs, sondern ein Ast am eigenen Stamm.“ (S. 10) Der Unterschied zwischen den USA und Europa, der die Reise für die untersuchten Sozialwissenschaftler Tocqueville, Weber und Adorno so interessant machte, betraf gerade deren Entwicklung auf der Zeitachse. Je nach Konzeption von der Moderne war Europa oder die USA fortgeschrittener, wurde die Amerikanisierung oder die Europäisierung des jeweils anderen erwünscht oder befürchtet. Die Bewertung dieser Entwicklung hing davon ab, was der Forscher von dieser erwartete. Keiner von ihnen hing dem klassischen Fortschrittsoptimismus an. Insbesondere Weber und Adorno sahen in der Gegenwart Tendenzen am Werk, deren prospektiver Entwicklung sie mit Grauen entgegen sahen. Der Aristokrat Toqueville, davon ausgehend, dass die Demokratie letztlich unausweichlich sei und sie, wenn auch ambivalent, letztlich positiv bewertete, sah in den USA ein fortgeschrittenes Anschauungsobjekt. Weber hingegen befürchtete die Europäisierung der USA, in denen er noch einen Hort individueller Freiheit erblickte. Die USA waren seiner Auffassung nach zurückgeblieben, weil sie noch nicht in dem Maße durchbürokratisiert gewesen seien wie Europa. Adorno, als der letzte der drei vorgestellten Besucher der USA, ist in der Darstellung Offes ein amerikamüder Kultur-

chauvinist, der in der Kulturindustrie den Untergang des Abendlandes erblickte, den er sich von seinem vorgeschobenen Beobachtungsposten in Kalifornien anschaute.

Versucht Offe Tocquevilles und Webers Aussagen einzuordnen und verständlich zu machen, was ihm auch weitestgehend gelingt, so sind seine Ausführungen zu Adorno insgesamt von Unverständnis gekennzeichnet. Das ist insofern verwunderlich, als das Buch aus den von Offe 2003 gehaltenen Adorno-Vorlesungen in Frankfurt hervorgegangen ist. Gerade Adornos Theorie der Kulturindustrie wird von Offe als Argument gegen Amerika gewertet. Detlev Claussen hat in seiner Adorno-Biografie einer solchen Auslegung gegenzuwirken versucht. Er machte deutlich, dass Adornos Kritik an der Kulturindustrie eine aus nächster Nähe und intimer Kenntnis von deren Produkten war. „[D]as Bild von einem Adorno, der vor lauter Berührungangst mit der Kulturindustrie, sie bildungsbürgerlich verachtend, die Nase rümpft, (erweist sich) eher [als] eine rückwärtsgerichtete Projektion vom Ende des 20. Jahrhunderts.“ (Claussen 2003, S. 198) Offe, der das Werk von Claussen kennt und zitiert, scheinen dessen Ergebnisse aber nicht zu passen. Stattdessen wählt er Lorenz Jäger zu seinem Gewährsmann, der Adorno in seiner über ihn verfassten Biografie vor allem als einen Vorwand für seine eigenen antiamerikanischen Ressentiments nutzt. Im direkten Gegensatz zu dem von Offe behaupteten Desinteresse Adornos am amerikanischen Wissenschaftsbetrieb (S. 95f), kommt Claussen zu dem Schluss, dass Adorno mit seinen Artikeln *On Popular Music* und *Veblen's Attack on Culture* von 1941 in den *Studies in Philosophy and Social Science* „auch intellektuell in Amerika angekommen“ sei. (Claussen 2003, S. 173)

Was Offe aber die größten Probleme bereitet, sind Adornos kritische Aussagen über die amerikanische Kulturindustrie während seines Aufenthalts in Amerika und seine durchweg positive Beurteilung Amerikas nach seiner Rückkehr nach Deutschland. Hierin zeigt sich Offes Unfähigkeit, auf die Zeitumstände zu reflektieren und den Versuch Adornos,

das Besondere im Allgemeinen zu fassen, nachzuvollziehen. Solange der Krieg dauerte, und in gewisser Hinsicht auch darüber hinaus, herrschte bei den amerikanischen Exilanten des Instituts für Sozialforschung die Sorge, auch die amerikanische Gesellschaft könne sich in eine autoritäre verwandeln. Ihre Anstrengung galt deshalb der Frage, „warum die Menschheit, anstatt in einen wahrhaft menschlichen Zustand einzutreten, in eine neue Art von Barbarei versinkt.“ (Horkheimer/Adorno, GS 3, S. 11) Statt sich also in Sicherheit zu wähen, gingen sie den Tendenzen nach, die in die Barbarei führten und von der sie eben auch die amerikanische Gesellschaft bedroht sahen. So untersuchte eine von Adorno geleitete Forschergruppe, ebenfalls ein Beweis für Adornos Auseinandersetzung mit der amerikanischen Wissenschaft, inwiefern sich bei amerikanischen Probanden Tendenzen für diesen Umschlag in der Persönlichkeitsstruktur manifestierten. „Der Unterschied aber war und ist der, daß diese Tendenzen [...] gesellschaftlich nicht hegemonial wurden und dieses Transformationspotential damit auch nicht zu einer staatstragenden Bewegung werden konnte.“ (Gruber 2006, S. 223) Nach dem Krieg stellte sich die Frage, wieso diese Transformation in Deutschland und nicht in den USA geschehen ist. Es ergab sich also vom Ergebnis des Krieges aus betrachtet eine andere Perspektive auf die amerikanische Gesellschaft, als während des Krieges. Denn offensichtlich hatten die USA der totalitären Versuchung widerstanden. Es hat also nicht der Dialektiker Adorno bei der Homogenisierung der Ergebnisse „versagt“, wie Offe formuliert (S. 118), sondern die USA waren resistenter als von der Kritik angenommen. Dies ist aber nicht der Kritik anzulasten, weil es nicht ihre Aufgabe ist, ein rosiges Bild zu malen, sondern Tendenzen zu benennen, denen es zu begegnen gilt. „[D]aß Amerika vor der Gefahr eines Umkippens zur totalitären Herrschaftsform gefeit sei“, will Adorno mit der von ihm konstatierten höheren Resistenzkraft Amerikas allerdings nicht behaupten. Denn „[e]ine solche Gefahr liegt in der Tendenz der modernen Gesellschaft überhaupt.“ (Adorno, GS 10.2, S. 735)

Nach den drei Kapiteln, die jeweils einem der Reisenden gewidmet sind, kommt Offe im letzten Kapitel zur Gegenwart und dem heutigen Verhältnis Amerikas zu Europa. Nach einem kurzen Resümee der vorangegangenen Kapitel legt er die darin dargestellten Untersuchungen zum alten Eisen. Sie seien schlicht veraltet! Die Gegenwart sei durch einen fundamentalen Unterschied gekennzeichnet, aufgrund dessen es einen gemeinsamen Modernisierungsprozess von Amerika und Europa nicht mehr gebe. Zwar geht er von einer Vorreiterrolle der USA aus, doch hätten die USA diese Position nicht durch avantgardistische Pionierleistungen erworben, sondern durch militärische Dominanz erzwungen. Die USA seien heute ein „unkontrollierbares Zentrum“, das alle anderen kontrollieren könne, weshalb „an diesem Umstand [...] jede vergleichende Untersuchung, die ja unterstellt, daß die Vergleichsgegenstände separate Entitäten sind und einer gemeinsamen Kategorie angehören, als ein inadäquates oder naives Unternehmen abprallen, weil es die Einzigartigkeit des Gegenstandes verfehlt.“ (S. 126f) Es sei deshalb die „konsequente Dekonstruktion eines transatlantisch-inkluisiven Konzepts des ‚Westens‘ und seiner okzidentalischen Wertegemeinschaft angeraten“ (S. 126). [1] Offe macht hier zwei sich widersprechende Aussagen: Einerseits sagt er, gebe es keine zwei Objekte mehr, die miteinander verglichen werden könnten, weil die USA aufgrund ihrer externen Souveränität sich in die Belange anderer Staaten einmischen könnten; zum anderen behauptet er, der Westen sei heute in verschiedene Teile zerfallen. Die erste These besagt, die USA seien Zentrum einer größeren Einheit, die andere, es gebe keine Einheit mehr. Betreffen beide Aussagen auch unterschiedliche Ebenen, so ist doch nicht einzusehen, warum Differenzen bei den Wertmaßstäben einen Vergleich auf der Grundlage struktureller Gemeinsamkeiten verunmöglichen sollten. Ferner scheint Offe vorauszusetzen, dass ein Vergleich nur möglich ist, wenn zwischen beiden Objekten eine Symmetrie besteht. Diese wird vorausgesetzt, aber nicht thematisiert. So muss offen bleiben, ob er damit staatliche Souveränität (die in Europa gegeben ist) oder ein militärisches

Gleichgewicht (das nicht gegeben ist) meint. Sicher ist nur, dass es laut Offe keine Symmetrie gibt. Denn die Vorreiterrolle der USA in den Bereichen Kunst, Wissenschaft und Kultur führe dazu, dass sich das Verhältnis von Peripherie und Zentrum vertausche, so dass jetzt Europa die Stellung eines Vorortes einnehme. (S. 128) Damit macht Offe selber deutlich, dass es zu keinem Zeitpunkt eine Symmetrie, zumindest nicht in den Bereichen Kunst, Wissenschaft und Kultur, gegeben hat. Er widerlegt damit auch seine eigene These vom Ende eines gemeinsamen Modernisierungsprozesses durch amerikanische Vormacht. Denn Vorort und Zentrum werden zwar von verschiedenen Faktoren beeinflusst und auch die Stellung des Zentrums verändert die Bedingungen für die Peripherie, doch werden beide von dem gleichen Strukturprinzip, dem Kapitalismus, durchwaltet. Ferner ist innerhalb der Einheit von Zentrum und Peripherie nicht nur das Zentrum Subjekt. Vielmehr wäre das Verhältnis als ein interdependentes zu denken, bei dem auch entscheidende Impulse von der Peripherie ausgehen können.

Um seine These weiter zu untermauern, zählt Offe eine Reihe von Unterschieden auf, deren Aussagegehalt gen Null tendiert, weil die Stellung dieser Unterschiede in Bezug zu der strukturierenden Gemeinsamkeit nicht erörtert wird. (S. 125f) Würde man dieser Argumentation folgen, könnte man mit gleichem Recht und zum gleichen Zweck eine Fülle von Unterschieden z. B. zwischen Frankreich und Deutschland anführen. Zudem bestand ein Teil dieser Unterschiede auch schon zu dem Zeitpunkt, als die von ihm besprochenen Forscher die USA bereisten. Die Beobachtungen von Tocqueville lassen darauf schließen, dass Amerika zur Zeit seiner Reise Peripherie, und, wie man Geschichtsbüchern entnehmen kann, England das Zentrum eines Imperiums war. War deshalb sein Unternehmen der „Selbstbetrachtung aus der Ferne“ inadäquat und naiv? Offe unterlässt es, an den Rückschlüssen von Tocqueville zu zweifeln oder überhaupt deren Ermöglichungsbedingung zu hinterfragen. Sicherlich haben seit den Zeiten von Tocqueville die Interdependenzen zwischen den einzelnen Staaten und Räu-

men zugenommen und sicherlich werden diese Beziehungen auch durch Gewalt strukturiert. Doch welche Rolle spielte und spielt die Gewalt überhaupt? Oder anders gefragt: In welcher Beziehung steht der Staat zum Kapital, die Art der ökonomischen Reproduktion zur politischen Form? Das sind Fragen, die unbeantwortet bleiben und die doch zunächst hätten beantwortet werden müssen.

In dem *Exkurs über Regel und Entscheidung*, der den interessantesten Teil des Buches ausmacht, arbeitet Offe durch den Vergleich der Rechtsauffassung und des Regierungssystems Amerikas mit den europäischen Pendanten Unterschiede heraus, die auch bei der Analyse der Gegenwart von Bedeutung sind. Der Vergleich dient Offe dazu, den Ursprung der von ihm konstatierten Neigung der USA zum gewaltsamen Kreuzzug zu lokalisieren und stellt die Grundlage für die von ihm geforderte Dekonstruktion der westlichen Wertegemeinschaft dar. Diese Analyse findet vor dem Hintergrund der von Robert Kagan getroffenen und von Offe aufgegriffenen Feststellung statt, dass Europa und Amerika durch eine Kluft von einander getrennt seien. „Wir sollten nicht länger so tun, als hätten wir Europäer und Amerikaner die gleiche Weltsicht oder als würden sie auch nur in der gleichen Welt leben.“ (Kagan 2002, S. 9) Kagan führt die unterschiedliche Wahrnehmung auf das zwischen Europa und Amerika bestehende Machtgefälle zurück. Zustimmung zitiert Kagan folgendes Sprichwort: „Wenn du einen Hammer hast, fangen alle Probleme an, wie Nägel auszusehen.“ Und schlussfolgert: „Aber militärisch schwächere Staaten unterliegen der gegenteiligen Gefahr: Wenn du keinen Hammer hast, willst du nirgends einen Nagel sehen.“ (S. 35) Die Psychologie der Macht führe aber auch zu ideologischen Differenzen, die sich in verschiedenen Vorstellungen von Legitimität niederschlugen. Genau hier setzt Offe an. Seinen Versuch, Amerika zu delegitimieren, geht Offe von zwei Seiten an. Erstens versucht er, die amerikanische Selbstlegitimation als eine zur Obsession prädestinierte darzustellen, zweitens behauptet er, die politische Struktur der USA sei so konstituiert, dass sie zwangsläufig mit Gewalt nach außen treten müsse.

Zunächst stellt Offe fest, dass die amerikanische Geisteshaltung der Gegenwart durch ein „missionarisches, kreuzzüglerisches Selbstbewusstsein“ gekennzeichnet sei. (S. 40, Fn. 99) Schuld an dieser Haltung sei die Formel von der „self-evidence“ - die schon in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung vorkommt -, weil ihr die „kritische“ Bestimmung der Geltungsgrenzen“ (S. 40) fehle. Das heißt: Weil die Unabhängigkeitserklärung es für selbstverständlich erachtet, dass alle Menschen gleich und mit unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind, zu denen „Life, liberty, and the pursuit of happiness“ zählen, folge daraus ein Universalismus, der nicht an den Grenzen der USA Halt mache. Während aber alle anderen Staaten an eine externe Legitimation gebunden seien, brauchten sich die USA heute an keinen Vertrag und kein internationales Recht zu halten. Offe vergisst jedoch zu erwähnen, dass sich auch Europa nur dann an das Völkerrecht hält, wenn es ihm in den Kram passt, was gerade erneut an der Anerkennung des Kosovo oder der Liechtensteinaffäre zu sehen ist. Außerdem sind die allgemeinen Menschenrechte ebenfalls im deutschen Grundgesetz festgeschrieben. Der Artikel 1 GG kennt formal, wie jedes Menschenrecht, keine Geltungsgrenze. Das Grundgesetz spricht explizit von ihnen „als Grundlage jeder menschlichen Gesellschaft“. (GG, 1,2) Jedoch gilt sowohl für das Völkerrecht als auch für die Menschenrechte, dass sie nur da gelten, wo ihnen durch Gewalt oder deren Androhung Geltung verschafft wird. Ohne Gewalt gibt es überhaupt kein Recht. Kollidieren zwei Rechte miteinander, entscheidet die Gewalt. Von Zeit zu Zeit erachten es die USA für angebracht, den Menschenrechten in Teilen der Welt Geltung zu verschaffen, die nicht zu ihrem Staatsgebiet gehören. Sie berufen sich dann auf den schon in ihrer Unabhängigkeitserklärung formulierten universellen Anspruch der von Gott gegebenen Menschenrechte. Und manchmal, wenn es ihnen auch sonst gerade gelegen kommt, fegen sie dabei eine Despotie hinweg. In einem solchen Fall treten sie, auch im eigenen Selbstbewusstsein, als eine revolutionäre Gewalt und mit einer Rhetorik auf, die dem 18. Jahrhundert entsprechen könnte. Für diesen Anachronismus

sind allerdings nicht die USA zu schelten, sondern Verhältnisse, die weit hinter ihren Möglichkeiten zurück liegen. Die Ungleichzeitigkeit der USA, die in Europa gerne belächelt wird, konserviert eine Vorstellung vom besseren Leben („pursuit of happiness“), die in Europa anscheinend vergessen wurde.

Die Menschenrechte sind also in den Arsenalen auf beiden Seiten des Atlantiks zu Hause. Mit ihnen lässt sich so ziemlich alles begründen, weshalb besonders darauf zu achten ist, was mit ihnen begründet wird, und wie die Menschenrechte dabei in Anschlag gebracht werden. Es ist z.B. nicht unerheblich, ob sie als Individual- oder Gruppenrechte aufgefasst werden.

In Amerika besitzt die Bundesregierung verhältnismäßig wenige Kompetenzen, da das föderale Prinzip der USA ihre Gewalt stark begrenzt. Ingesamt besitzt das politische System in Amerika eine eher horizontale denn vertikale Struktur wie in Europa. In der zentralen Frage der externen Souveränität liegt die Kompetenz jedoch in der Hand der Bundesregierung. Offe schließt nun aus deren innenpolitischer, durch Kompetenzgerangel verursachter Regierungsunfähigkeit eine Notwendigkeit, diese durch militante Außenpolitik zu kompensieren. Weil das nicht immer möglich sei, erfinde sie Feinde, die dann aufgrund des von Gott gegebenen Menschenrechts und deren Verklärung als „self-evident“ auch noch böse sein müssten. Wie viel besser hat es da Europa. Einen europäischen Souverän gibt es gar nicht erst. Jeder Staat macht seine eigene Außenpolitik und legt sich seine Sicht der Dinge nach den jeweiligen Erfordernissen zurecht. Die Außenpolitik der EU beschränkt sich auf die Vergabe von legitimatorischer Schützenhilfe, die sie in ihren Augen deshalb in besonderem Maße gewähren kann, weil sie keinen Staat, sondern einen Staatenbund darstellt. Seine besondere Dynamik bezieht Europa jedoch aus dem Changieren zwischen der nationalstaatlichen und der EU-Ebene. Letztere erlaubt es Europa, mit jedem zu jeder Zeit gemeinsame Sache zu machen. So wird der Mangel an Kohärenz und Macht in den Vorteil umgebogen, der ehrliche Makler des Welt-

friedens zu sein.

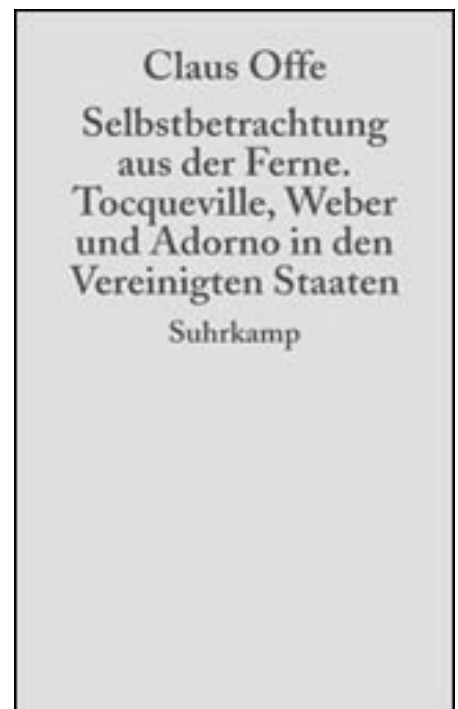
Die Schlechtigkeit der US-Bundesgewalt ist laut Offe schon im Keim, nämlich in deren Gründungsanliegen als Schutz vor äußeren Feinden, angelegt. „Schon die Verfasser der *Federalist Papers*, jenes Gründungsdokument der amerikanischen Bundesgewalt, begründeten die Notwendigkeit dieser Gewalt mit der ‚Bedrohung durch ausländische Mächte‘ und dem ‚Nutzen der Union für Handel und Marine“ (S. 57). Was hieran besonders verwerflich sein soll, bleibt jedoch ungesagt. Wahrscheinlich soll die Eintracht, mit der hier „Bedrohung“ und „Nutzen“ nebeneinander stehen, zynisch klingen. Die Legitimation durch Schutz gehört allerdings zur Begründung jeder staatlichen Souveränität. Und dieser Schutz erstreckt sich auch auf Bürger, die sich im Ausland auf Handelsreise befinden, oder auf Schiffe, die unter der nationalen Flagge fahren. Die Benennung dieses Zusammenhangs ist nicht zynisch, sondern offenbart einen Realismus, der es überhaupt erst ermöglicht, den Nutzen von Gewalt abzuwägen. Dessen Verdrängung läuft darauf hinaus, Gewalt als Mittel generell zu verwerfen oder als Mittel rein moralischer Zwecke von jeglicher Begrenzung zu entfesseln. [2] Auch die Methode, die politische Einheit durch die Bedrohung eines Feindes zu beschwören, sowie der Versuch der Regierung, Kompetenzen mit Verweis auf diese Bedrohung an sich zu ziehen, ist ein allgemeines Phänomen staatlicher Herrschaft und keine amerikanische Spezialität.

Neben diesen Versuchen, Amerika als eine schon in ihrer Konstitution angelegte Verfehlung darzustellen, wendet Offe, bewusst oder unbewusst, einen Trick an, um Amerika zu delegitimieren. Er konfrontiert das reale politische System der USA und deren Außenpolitik mit der politischen Idealvorstellung einer auf Verträgen und Verhandlungen beruhenden friedlichen Weltordnung. Das Modell, das er der von den USA dominierten Weltordnung entgegenstellt, beruht zwar auf den europäischen Nachkriegserfahrungen, aber gerade deshalb ist es untauglich, der Welt als Modell zu dienen. Lässt sich doch Europa seit 1945 seine eigene

Sicherheit von den USA besorgen. „Die theoretischen Siege, die solch eine Methode feiert, sind leicht gewonnen. Natürlich erscheint das einleuchtend und verführerisch gemalte Bild des neu zu schaffenden Staates [bzw. internationalen Systems; A.F.] erstrebenswerter als die Vorstellung des alten Systems, dessen Realität in den düstersten Farben geschildert wird.“ (Neumann 1980, S. 199)

Vor der Folie eines europäischen Ideals unterzieht Offe Amerika einer Beurteilung. Das Zerrbild, das hierbei von den USA entsteht, dient der Selbstvergewisserung des europäischen Selbstbildes. Dadurch kommt nur das in den Blick, was zuvor ex negativo auf Amerika projiziert wurde. Zu leicht kann man dann, wie Kafkas Amerikareisender Karl Rossmann, in der Hand der Freiheitsstatue ein Schwert statt einer Fackel erblicken. ■

Offe, Claus, *Selbstbetrachtung aus der Ferne. Tocqueville, Weber und Adorno in den Vereinigten Staaten*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 2004, 144 Seiten, 14,80 Euro.



Anmerkungen:

[1] Der Hinweis auf die skeptische Prüfung, die der Dekonstruktion vorausgehen müsse, ist ein Tribut an seinen Wissenschaftsanspruch und erfüllt eher rhetorische Zwecke. Schon auf S. 88f macht er deutlich, dass es den Westen nicht mehr gebe.

[2] Die amerikanische Doktrin des „Regime Change“, als Teil des amerikanischen „Greater Middle East Plan“, war kein moralisches Heilsprogramm, sondern der Versuch, vergangene Fehler auszubügeln.

Die Gewalt, die darauf verwandt wurde den Wandel herbeizuführen, sollte der Sicherheit Amerikas dienen. Die Doktrin ging davon aus, dass demokratisch regierte Länder weniger Hass auf Amerika produzieren, als die zuvor unterstützten despotischen. Sicherheitsbedürfnis und Menschenrechte gehen in der Doktrin Hand in Hand.

Literatur:

Adorno, Theodor W., *Gesammelte Schriften*, Frankfurt/M. 1997.

Claussen, Detlev, *Theodor W. Adorno. Ein letztes Genie*, Frankfurt/M. 2003.

Gruber, Alex, *Deutschland - Amerika*, in: Grigat, Stephan (Hg.), *Feindaufklärung und Reeducation*, Freiburg i.B. 2006.

Kagan, Robert, *Macht und Ohnmacht*, München 2002.

Neumann, Franz, *Die Herrschaft des Gesetzes*, Frankfurt/M. 1980.

„Immanenter Widerspruch“

Micha Brumlik kritisiert am Zionismus vorbei

MATHIAS SCHÜTZ

An Israel kann man verzweifeln. Knapp sechzig Jahre besteht der Judenstaat und dennoch hat sich Theodor Herzls Vision einer politischen Lösung der Judenfrage, die einher gehen müsste mit einem Aussterben des antisemitischen Ressentiments, nicht erfüllt, ganz im Gegenteil. Aus dem Judenstaat wurde unmittelbar der Jude unter den Staaten und er wird dies wohl vorerst auch bleiben. Wie die Juden in ihrer Geschichte als europäische Minderheit die längste Zeit über nicht als Bürger anerkannt waren und willkürlich verfolgt wurden, so hat der israelische Staat keine anerkannten Grenzen und wird tagtäglich mit Raketen beschossen. Leider führt die Verzweiflung über die scheinbar ausweglose Situation meist nicht zu Empathie und Solidarität gegenüber Israel, sondern zu blankem Hass. Der Frankfurter Pädagogikprofessor Micha Brumlik ist stets ein sicherer Kandidat, wenn es darum geht, all jenen, die in diesem Konflikt nur die Bestätigung für ihre pathischen Projektionen sehen, entgegen zu treten. Hierfür meidet Brumlik selbst schwer vermintes

Terrain nicht, wie zuletzt die von ihm mit herausgegebenen *Blätter für deutsche und internationale Politik*, in denen sich aus notorischem Meinungspluralismus regelmäßig Antizionisten zu Wort melden dürfen und in denen er aufgrund seines Eintretens für Israel angefeindet wurde.

Umso erstaunlicher ist, dass Brumlik nun eine *Kritik des Zionismus* geschrieben hat. Freilich, Brumlik ist als Freund der Genfer Initiative bekannt, ebenso als Kritiker israelischer Politik im Rahmen einer grundsätzlichen Solidarität mit dem Judenstaat. Aber eine Kritik des Zionismus - genauer: des „politischen“ oder auch „staatsbildenden“ Zionismus - beinhaltet doch viel mehr als das Monieren von „Ethnodemokratie“, Siedlungsbau und Straßensperren; sie meint die Gründungsideologie des Staates, die säkulare, geistige Wurzel Israels, aus der auch heute noch ein Gros an Legitimität bezogen wird. Und genau hier setzt Brumlik an, bei der Staatsgründungsidee, die alle bis heute andauernden Konflikte als „keineswegs nur zufällige Verwirklichung einer im politischen Zionismus angelegten Möglichkeit“ (S. 25) in sich tra-

ge. Schon den frühen Zionisten wirft er vor: „Wer als Zeitgenosse Theodor Herzls mit Willen, Wissen und Bewusstsein Zionist wurde und ein Minimum an Wahrhaftigkeit und intellektueller Redlichkeit aufbrachte, konnte aber schon lange vor dem Ersten Weltkrieg die heraufziehende Tragödie nicht nur erahnen, sondern prognostizieren.“ (S. 63f.) Wahrscheinlich ließ die Art der Konflikte, die mit der zionistischen Besiedlung einher gingen, tatsächlich schon früh eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der arabischen Bevölkerung Palästinas befürchten. Doch angesichts mehrerer hunderttausend jüdischer Pogromopfer im Anschluss an den Ersten Weltkrieg, die ebenfalls nicht nur erahnen, sondern prognostizieren ließen, dass es noch schlimmer kommen würde, und eines sich beharrlich verfestigenden Antisemitismus unter den Arabern Palästinas, der jegliche rationale Sondierung oft von vornherein ad absurdum führte, erscheint die „Verdrängung“ des Konfliktpotentials weniger als sträfliche Abweichung vom philanthropischen zionistischen Programm, sondern vielmehr als alternativlose politische Strategie. Brumlik wider-